



Marburg im Februar/März 2016

Bürgerinitiative Stadtautobahn Marburg

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Marburg, liebe Wählerinnen und Wähler,

die Bürgerinitiative Stadtautobahn Marburg bemüht sich seit langem, die **Lärm- und Abgasbelastungen zu reduzieren**, die mit der Stadtautobahn einhergehen. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen ist bekannt, dass dauerhafte Lärm- und Abgasbelastung das Wohlbefinden reduziert und das Krankheitsrisiko deutlich steigert. Die Bürgerinitiative fordert daher seit Jahren, in einem **ersten Schritt** die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf der Stadtautobahn auf 80 km/h bzw. 70 km/h für PKW und 60 km/h für LKW herabzusetzen. Langfristig erwarten die Mitglieder der Bürgerinitiative von den politisch Verantwortlichen ein **Entwicklungskonzept**, das die Beeinträchtigungen des Lebensraumes der Stadt Marburg durch die Autobahn deutlich reduziert, wie beispielsweise die Verlegung der Stadtautobahn in einen Tunnel.

Die Bürgerinitiative hatte gehofft, dass mit der Veränderung der Zusammensetzung der Landesregierung die neue Koalition aus CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN endlich **zugunsten der Menschen, der Umwelt und der Lebensqualität** in Marburg entscheiden und die Blockade der CDU/FDP Vorgängerregierung aufgeben würde. Das zuständige Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung reagierte zunächst ein Jahr lang überhaupt nicht. Nach mehrmaligen Mahnungen durch die Bürgerinitiative traf dann nach 1,5 Jahren der Brief des GRÜNEN Ministers Tarek Al-Wazir ein: **Man sehe sich außer Stande emissionsreduzierende Maßnahmen umzusetzen**. Unter anderem verhindere der schon erfolgte Einbau von Lärmschutzfenstern bei den am schlimmsten betroffenen Gebäuden weitergehende Maßnahmen.

Die Fraktionen in der **Stadtverordnetenversammlung** haben sich in der Vergangenheit immer für eine **Geschwindigkeitsreduktion** ausgesprochen. Das war leicht, liegt doch die Entscheidung darüber in Wiesbaden. Wie sich jetzt herausstellt, hängen sich CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so lange bereitwillig mit bürgernahen Erklärungen aus dem Fenster, wie das für sie ohne Konsequenzen ist. In Wiesbaden an die Macht gekommen sehen sie sich nicht mehr in der Lage, ihre eigenen **Forderungen und Wahlversprechen** einzulösen.

Dabei geht es nicht um Bagatellen:
Lärm und Abgasemissionen sind Krankmacher!

Lärm verursacht Schlafstörungen, Konzentrations- und Lärmstörungen, Bluthochdruck, Herzerkrankungen - so die Weltgesundheitsorganisation WHO - auch wenn die Betroffenen den Lärm gar nicht bewusst wahrnehmen. Eine Studie des Umweltbundesamtes errechnete 14.400 zusätzliche Verstorbene pro Jahr allein durch Dieselruß (UBA-Nr.2352).

Wir sind auch alle mitverantwortlich: im eigenen Verhalten und bei der Wahlentscheidung am 6.3.2016, wie auch immer Sie sich entscheiden. Bei uns können Sie die auf der Rückseite angegebenen, seriösen wissenschaftlichen Untersuchungen einsehen. Kurz die Fundstellen googeln: bilden Sie sich eine eigenes Werturteil, wer warum was sagt oder verschweigt, ob es nur das übliche Wahlverhalten von Parteien ist oder gar gelogen wird, dass die Balken krachen.

v.i.S.d.P für die Bürgerinitiative: Hannes Kleinhenz, Marburg

Hier einige der wichtigsten Untersuchungen:

01 „BAST Mittelfristige Forschungsplanung 2011/2015 – Revision 2012“

(„BAST ist die Bundesanstalt für Straßenwesen und führt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung -BMVBS- Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit dem Ziel, verkehrspolitische Entscheidungen vorzubereiten.“)

<http://www.bast.de/DE/Publikationen/Medien/Dokumente/forschungsplanung-2011-2015.html>

02 „Lärm und Gesundheit – DFLD“ u. „Lärm und Gesundheit Rhein Main Institut“

„Neue Studien zwingen den Gesetzgeber zum Handeln“, Hier werden werden u.a. folgende Themen angesprochen:

Bluthochdruck - Schlaganfall - Herzinfarkt (vergl. die weltweit größte Langzeitstudie der Berliner Charité zum Thema Lärm und Herzinfarktrisiko – sog. „NaRoMi“ Studie = Noise and Risk of Myocardial Infarction = Lärm und Herzinfarktrisiko Studie)

http://laerschutz-duesseldorf.de/RMI_050623_LaermGesundheit.pdf

03 Ärzte gegen Fluglärm:

Grundlegende Ausführungen zum Fluglärm lassen sich ohne weiteres auf die von der Stadtautobahn ausgehenden Lärm- und Gesundheitsschäden der Anwohner übertragen.

<https://www.fluglaerm-fakten.de/presse-infos/34-ak-aerzte-gegen-fluglaerm/89> und www.fluglaerm-fakten.de

Seit 18. Januar 2014 ist die neue Regierung mit Tarek Al- Wazir als Minister für Wirtschaft im Amt, und die Marburgerin Angela Dorn - die immer besonders engagiert für Maßnahmen auf der B3a plädiert hat - ist inzwischen sogar parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Landtag und dennoch bestehen über 2 Jahre danach(!) die alten Fragen:

Warum es in Hessen und Marburg - im Gegensatz zu der in Bayern (CSU), NRW (Rot-Grün) und vor allem im „grün“-regierten Baden-Württemberg erfolgreich geübten Praxis - zum Schutz der anwohnenden Bevölkerung nicht möglich sein soll, auf Stadtautobahnen wie der B3a von Wehrda bis Cappel Abhilfemaßnahmen zu treffen?

Vielmehr sollten auf Grund der o.a. Untersuchungen sowie der festgestellten Stickoxidwerte dringend und zulässigerweise über die StVO, hier die § 45 Abs. 1 Ziff. 3 und Ziff 6, folgende Abhilfemaßnahmen sofort angeordnet werden:

- > Temporeduzierung LKW/PKW 60/80 km/h,
- > konkrete erklärende Hinweisschilder mit der Bitte um Rücksicht auf Lärm- und Gesundheitsschutz für die Anwohner (Zeitverlust auf ca. 6 km Länge max. 1 bis 2 Minuten),
- > Warnung vor Tempokontrollen an permanent wechselnden Stellen (keine Gefahren durch plötzliches Abbremsen/danach Beschleunigen - keine Abzocke-jeder weiß Bescheid, kann sich darauf einrichten).

Es wäre sooo einfach, soo schnell und soo billig **ABER** nichts geschieht!
WARUM WOHL? BILDEN SIE SICH SELBST EIN URTEIL!

E-Mail: info@bi-stadtautobahn.info
www.bi-stadtautobahn.info